

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stalldreherstraße 24/35 (Sprech.): 5-6 Uhr  
Telefon: Umt. Moabit 12879

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Infrastrukturanlage: Berlin 311

Stalldreherstraße 24/35 (Telefon: Moritzplatz 1377)

Der Einzelpreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei nach dem Satz 10-12-14-16-18-20-22-24 Pf. pro Zeitung. Bei Auslieferung unter Groß-Berlin für Deutschland und Österreich 10-12-14-16-18-20-22-24 Pf. pro Zeitung. Bei Ausland unter Groß-Berlin 22-24 Pf. pro Zeitung. Bei einem anderen Zustellung ist das Vorrecht und Verbot.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Einzelne Preise: Es wird berechnet die abgesparte Monatszeitung oder deren Raum mit 4-5 Pf. pro Familien- und Organisationseinheiten 2-3 Pf. netto. — Kleinere Einheiten: Das letzte Wort 90 Pf. pro Zeile weiter. Wort 70 Pf. bei Familien- und Organisationseinheiten das letzte Wort 70 Pf. pro Zeile weiter. Wort 40 Pf. netto. — Zeitungsseite 12 Pf.

## Sturmzeichen

### Großer Streik der Mansfelder Arbeiter

(Eigener Bericht)

Donnerstag nachmittag 3 Uhr haben sämliche Betriebschaften der Mansfelder Gewerkschaft die Arbeit niedergelegt. Den Grund dieser Warnschau haben wir bereits in den letzten Tagen berichtet. Die Werkgelehrten weigerten sich, daß von ihnen eingeführte Wachsjahmen (Werkspolitik) aufzulösen. Dieses Wachsjahmen bestand aus Detektiven, Spione usw., welche unter der Maske zur Aufsicht von Spülüberwachung selbstverständlichen politischen Schmuggel durchführten. Die Werkarbeiter vereinigten sich zu einer mächtigen Demonstration in Eisleben, wo im Volkshaus eine von 10 000 Arbeitern besetzte Versammlung stattfand, in der man sich zur Einheitsfront und zu den Forderungen des Offenen Briefes der R.K.P.D. bekannte. Darauf zogen die Arbeiter im geschlossenen Zug nach dem Gewerkschaftshaus, wo sie durch eine Kommission die Antwort auf ihre Forderungen abwartern.

Der Marktplatz und die umliegenden Straßen waren dicht gedrängt voller Arbeiter. Der Generaldirektor hatte es gewagt, nach Weißfalen zu reisen, während sein Vertreter nach Halle gefahren war. Die anwesenden Direktoren erklärten, nicht kompetent zu sein. Die Arbeiter glaubten mit Recht wieder an der Krise herumgeführt zu sein, und nahmen den Vorschlag ihrer Kommission an, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Heute, Freitag, findet um 3 Uhr eine nochmalige Kundgebung aller Betriebschaften statt, wo sich die Antwort, die telegraphisch vom Generaldirektor eingeholt werden soll, abholen wollen.

### Die Erregung im Ruhrgebiet

Wie die "Dena" erzählt, versöhnen die Bergarbeiter auf einen Teil des Ruhrgebietes vom 1. Februar an mit einer Einheitsfront. Das Organ des ältesten Bergarbeiterverbands, die "Bergarbeiterzeitung", riefen energisch gegen die kommunistischen Kämpfer. Sie waren vor Experimenten. Sie erklärten: "Der alte Bergarbeiterverband habe sich selbst aus jener grundstiftlich für die Schachtunabhängigkeit ausgeschlossen, aber ihre Durchführung sei nur möglich auf Grund internationaler Abmachungen. Eine Befreiung nur auf Deutschland allein würde das deutsche Wirtschaftsleben lähmen und auch für die Arbeiterschaft von katastrophaler Wirkung sein."

Das heißt, die Bergarbeiter sollen auf den Schachtunabhängigkeit einstimmen. Diese Einführung schafft die "Bergarbeiterzeitung" grundsätzlich für notwendig erfassen muß, bis zum Sozial-Rücksichtstag warten. Gerade der Umstand, daß man die Bergarbeiter mit derartigen Verstärkungen nun schon jährlang an der Rose herumführt, ohne auch nur die geringsten Verhandlungen zu treffen, hat die Erregung der Bergarbeiter ins Maßlose gesteigert. Der 1. Februar ist in dieser Hinsicht ein kritischer Tag. Vor einem Jahre erwarteten die Bergarbeiter, auch die rechtsozialistischen und christlichen, an diesem Tage glaubig die Erfüllung der Versprechen, die man ihnen ein halbes Jahr vorher für diesen Tag gemacht hatte. Statt der Schachtunabhängigkeit gab es damals, da die Bergarbeiter zur Selbsthilfe schreiten wollten, Standrecht, Reichswehr und zahllose Verhaftungen, Verrat der Leitung des Bergarbeiterverbandes und neue Verstärkungen. Nun wiederholte sich das Spiel.

Die Verweigerung der Schachtunabhängigkeit ist eines der aufreizendsten Kapitel der Kapitalistik. Die Schachtunabhängigkeit wurde verhindert, daß in den Bergwerken täglich 1-2 Stunden nicht gearbeitet wird, die Produktion müßte nach kurzer Übergangszeit gewaltig steigen, und das würde mit der Gefahr des Bergarbeiter nicht so mahnend leichthin wie jetzt Kaufbau betrieben, ihre Leistungsfähigkeit auch dadurch erhöht werden. Über die Bergarbeiter müßten eine Schicht mehr einfallen und bezahlen, die Profite wären in Gefahr, und darum muß der Wahnlinn des gegenwärtigen Zustandes weiter andauern.

Die Bergarbeiter können in ihrem und im Interesse des ganzen deutschen Proletariats sich nicht endgültig mit leeren Reden artieren vertrösten lassen, sie dürfen aber auch in ihrem Kampfe nicht allein bleiben, weil sie sonst unterlegen müßten. Die geschlossene Einheitsfront des Proletariats, wie sie die R.K.P.D. anstrebt, muß von den Arbeitern hergestellt werden und die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, die in der Theorie selbst von Güte gebilligt werden müssen, durch Verteilungskämpfen zählen.

Wirtschaftslage und Unternehmerüdem führen zu immer neuen und schärferen Konflikten, in welchen die Arbeiter den Unteren nur dann kraftvoll entgegentreten können, wenn sie die Kampffront zur Klassefront erweitern, sich zur gemeinsamen Offenseite zusammenschließen.

### Moskau und London

Moskau, 2. Februar.

Bei seiner Rückkehr aus London hat Krassow berichtet, die Mehrheit der einflussreichen englischen Kreise steht dem Handelsvertrag mit Russland äußerst wohlwollend gegenüber, besonders die Genossenschaften, deren man sich für den Abschluß der russischen Rohstoffe bedienen will. Die Meinungsverschiedenheiten seien dadurch entstanden, daß England ablehnt habe, das Sovjet-Eigenamt, das sich in England befindet sicherzustellen. Außerdem verlangt England, daß sich die Sowjetregierung verpflichtet, in der Zone des britischen Einflusses in Kleinasien, Kurdistan und Persien auf jegliche Agitation zu verzichten.

London, 2. Februar.

Wischen der Firma Armstrong, Whitworth u. Co. und der russischen Handelsdelegation ist ein Kontrakt abgeschlossen worden, der der Firma die Reparatur von fast allen russischen Lokomotiven überträgt.

### Bericht Kopps über seine Tätigkeit in Deutschland

Moskau, 2. Februar 1921.

Vorvor Kopf ist in Moskau eingetroffen und hat über seine Tätigkeit in Deutschland Bericht erstattet. Es geht darum, daß Rusland und Deutschland etwa 1000 Motoren jährlich erhalten könne, nebst der nötigen Menge von Ersatzteilen. Zugleich die industriestarken Gebiete Deutschlands von der Entente besetzt sind, ist dieses doch in der Lage, eine Menge industrieller Erzeugnisse nach Rusland zu überführen. Was den Rücktransport der Kriegsgefangenen anlangt, so sei Aussicht vorhanden, daß alle Kriegsgefangenen im Sommer in ihre Heimat zurückkehren.

### Ein wertvolles Zeugnis

(G.A.) Budapest, 3. Februar.

Wie die hiesige rumänische Postzeitung amtlich erklärt, hat der rumänische Legationschef sich an der tschechoslowakischen Grenze persönlich darüber überzeugt, daß die tschechoslowakischen Truppen nur zu einer Reorganisation und wegen einer besseren Nahrungsmittelversorgung in Beharabien konzentriert worden sind.

### Ankunft einer chinesischen Mission in Tschita

Die "Sovesta" in rd. Aszota berichtet: Eine chinesische Mission, an deren Spitze General Sung Ling-Tun steht, ist in Aszota eingetroffen, nun mit der Regierung des Reichs Okhos verhandlungen militärisch-diplomatischen Charakters zu führen.

### Polen muß nachgeben

(W.A.) Copenhagen, 3. Februar.  
Wie "Politiken" und "Riga" melden, sind die polnischen Sicherheitsbehörden wieder aufgerufen worden. Polen hat keine Goldförderungen am Süden herabgesetzt.

(Rosa Wien) Moskau, 2. Februar.  
Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen weisen jetzt einen beschleunigten Verlauf auf und nähern sich ihrem Ende.

### Schweden macht Schwierigkeiten

(Rosa Wien) Stockholm, 2. Februar.  
Aus Stockholm wird dem "Politiken" telegraphiert: Aus Schweden wird für 6 Wochen ein Balkan nach Schweden bekannt, obwohl in der Übereinkunft mit der Sowjetregierung angemahnt worden war, daß die russische Handelsdelegation aus 15 Personen bestehen soll. Auf Grund dieser Forderung Schwedens wird es schwedisch unmöglich gemacht, irgendwelche Hilfe mitzunehmen. Die schwedische Regierung entschuldigt ihr verbündeteres Vergehen damit, daß es in Abhängigkeit Schwedens gibt. Unter den Schweden hat die Sowjetregierung das größte Vertrauen errichtet. Sie darf weit davon entfernt sein, die Handelsverbindungen mit Schweden zu erschüttern. Man hat in weiten Kreisen die Auffassung, daß die schwedische Regierung die Verhandlungen mit Sowjetunion wegen ihrer Abhängigkeit von England um jeden Preis sabotieren sollte.

### Wissenschaftliche Verbindungen zwischen Sowjetland und Deutschland

Die wissenschaftliche Sektion des Obersteuer Wirtschaftsrates öffnet, nach einer Meldung des "Dena", in Berlin ein Büro als eine Abteilung des russischen Handelsministeriums. Das Büro hat die Aufgabe, die Verbindung mit deutscher und europäischer Gelehrtenkreis nachzuholen, aufgrund über die neuen technischen Erfindungen zu informieren, wissenschaftliche austauschbare Werke zu überbringen und zu veröffentlichten, seltener wissenschaftliches und technisches Material für Industrie einzukaufen. Das Büro hat außerdem eine Sekretär für Kaufverträge eröffnet, in der Starkow und andere russische Ingenieure und Gelehrte arbeiten.

### Ein neues Abenteuer im Osten

Semenow, der im November v. J. nach der Tschinah-Schlacht durch die Bolschewiken über die mandchurische Grenze gedrängt wurde, bereitet eine neue Offensive gegen die Bolschewiken vor. Dem Angriff steht ein Vorstoß des mongolischen Mitterlands. Herzog meldet der Frontbericht des Börsenkalenders aus:

Daganz, 2. Februar.  
Generalstaatsmann Baron Ungern-Sternberg ist aus der Mongolei mit 20 000 Mann zum Balkai auf W.-tau-Wind vorgezogen. Die B. wegging den Orlmanns General Sternberg trifft jetzt Japan wieder, obwohl ein Es vorzog, die Trip. en Semenow da nur mit Nachzugsmitte und Akten, sondern auch mit Waffen,

### Der Klassenkampf auf dem Lande

Bon Georgi

#### 2. Die Bewegung unter den Kleinbauern und Kleinpächtern

Solange es gilt, die Kleinhäusler und Kleinpächter vor den Karren der Gegenrevolution zu spannen, vermieden die Großagrarier sorgfältig alles, was den Gegenschlag zwischen Groß und Klein in der Landwirtschaft, zwischen Grundbesitz und Pachtbauern aufdecken oder gar erweitern konnte. Die Pachtzinsbeläge man daher, solange der Pachtvertrag noch ließ, auf Friedensstand.

Je stärker aber die Gegenrevolution in Deutschland wurde, desto weniger fühlten sich die Großgrundbesitzer genötigt, noch weitere Rücksichten zu nehmen. So kam es, daß um dieselbe Zeit, da die Unterpreise triumphierend ausbrachen konnten: Die Einheitsfront in der Landwirtschaft ist hervorgegangen; die Grundherrschaften dagegen übergingen, mit Hilfe der Pachtzinsordnung und der Pachtsteuergesetze den Pachtzins dem gesunkenen Geldwert anzupassen.

Was dies bedeutet, zeigt die Praxis recht lehrreich. Großpächter und Großgrundbesitzer halten getreulich zusammen, den Kleinen Häuslern und Bäuerlein das Fell über die Ohren zu ziehen. In ganz Deutschland die Einheitszämter sich nicht entblößen, die Pachtzinsen der kleinen Leute auf das 8-10 fache hinaufzuschrauben, begnügen sie sich mit Großpachten, mit dem 4-5 fachen des früheren Zinses. Natürlich bedeutet ein solches plötzliches Emporschneiden der Zinsen von heute auf morgen oder gar wie in Bayern mit rückwärtiger Kraft den vollkommenen Rumm vieler kleinen Pächter. Was wirken jetzt die schönen Versprechungen, mit denen der Bund der Landwirte wirkt für "freien Handel" und Sparatzusätze einfließen?

Die Pachtfrage ist heute in Deutschland brennend geworden. Ungläubliche Erleichterungen in Land und Stadt hängen davon ab. Lautende Klammern sich bisher an das Stückchen Pachtland als an den Strohalm, der sie vor der drohenden proletarisierung retten sollte. Zwar gibt es nach der Betriebsstatistik von 1907 nur etwa 60 000 kleinerbäuerliche Pachtbetriebe in Deutschland, aber daneben gab es von sehr einer Unmenge Kleinbauern, Häusler, Kleinpächterbetreibende, die zum eigenen Grundstück noch einen kleinen oder großer Anteil an Pachtland im Nebenberuf bewirtschafteten. Diese Schicht kleiner Pächter hat infolge der Erzeuger-, Wirtschaftsstörung und Arbeitslosigkeit in großer Zahl in die Industrie, in die Fabrik, in die Landwirtschaft eingezogen. Es kommt hinzu, daß der Alstrom kleinerbäuerlicher Nachwuchses in die Industrie, infolge der Betriebs einschränkungen, sich mehr und mehr ins Gegenteil verkehrt. Die Nachfrage nach Pachtland ist ungemein gejagt und wird von den Bodenwuchsern nach Kräften ausgenutzt.

Das große Weißmetall der Demokraten und Sozialdemokraten, die "Siedlung", hilft diesen bodenunterstützten Massen verdammt wenig. Ganz gut ist es in Deutschland noch beträchtliche Flächen Moor und Niedland, aber wo soll der bankierte Staat die Mittel hernehmen, um die notwendigen Entwässerungen und Vermessungen vorzunehmen, um Wirtschaftsbauten und Wohnhäuser zu erstellen, Maschinen, Geräte, Zugvieh u. dgl. zu liefern? Und wo immer nun wirklich "gefiebert" worden ist, da sind die Preise und Pächter so hoch, daß schon ein ansehnliches Kapital dazu gehört, um anzufangen. Wie die "Siedlung" in der Praxis wirkt, das besteht folgendes Beispiel: Das 6000 Meter große Mittergarten Obereim, Senzburg in Ostpreußen soll zu Siedlungen in der Größe von 8-60 preußischen Morgen (2-15 ha) aufgeteilt werden. Vierzig Landarbeiterfamilien waren bisher auf dem Gute beschäftigt. Von diesen sind jetzt keine mehr und schreibt zwei imstande, sich anzueignen. Die andern, die kein Kapital haben, werden arbeits- und wohnungslos. Modernes Bauernleben also!

Der preußische Landwirtschaftsminister, der Sozialbemerkte Braun, tut sich auf seine Siedlungstätigkeit etwas zugut. Er beruft sich auf die Befreiung selbst deutschnationaler und volksparteilicher Kreise. Es ist doch bezeichnend, daß ein Sozialdemokrat so gänzlich vergessen hat, wie ein Befrei über Feinde und Todt bat. Denn die Unternehmer können allerdings mit Braun in diesem Punkte aufreden, hat er doch von 80 000 ha in der Zeit vom 1. Januar bis 31. September 1920 nur 30 000 neuwendet, um ausreichende Adernahmen von durchschnittlich 6 ha zu schaffen. Dagegen hat er 50 000 ha da liegen, um Unternehmern zu schaffen, durchschnittlich nicht größer als ein ha. Von diesen Unternehmern haben 34 508 insgesamt 30 600 ha Grund und Boden in Pacht erhalten. Alle diese Unternehmern sind also ausgeprochenen Hungerkellern, mit denen der sozialdemokratische Minister den Kunden billige und abhängige, weil an die Schule gesetzte Siedlungsbauern beschäftigt. Die sprunghaft steigenden Pachtpreise müssen diese Leute vollends proletarisieren.

Wie ungemeinlich die Grund- und Pachtzinsen steigen, mögen folgend Beispiele klar zeigen: Wo in Sachsenhausen früher 3 M. Pachtzins pro Morgen (1/ha) bezahlt wurde, zahlt man jetzt 360 M. In der Mark Brandenburg liegt der Pachtzins von 15 auf 245 M. In Thüringen auf das Gehne bis zwölftägige des Friedenspreises. Es werden dort jetzt 500 M. bezahlt. In der Bodenregegen sind die Pachtzinsen um das 15-16 fache gestiegen. In Westfalen gibt es die sogenannten Heuerleute. Das sind bestohle Landarbeiter, die vom Gutsherren durchschnittlich 2-4 ha über Wiesen und Wiesenland pachten. Westfalen wohnen in notdürftig eingerichteten Stallungen und Scheunen. Neben einer Pacht von 165-200 M. müssen sie je nachdem 15-70 Tage im Jahr auf dem Gute des Besitzers umsonst und ebenso oft im 50 Pf. bis 1 M. pro Tag arbeiten. Notdürftig wühlen sie Stelle, wenn der Herr ruft, unbeschäftigt, ob ihre eigene Ernte darüber zugrunde geht. Neuerdings haben die Gutsherren die Pachtzinsen wesentlich erhöht, zum Teil um das 7-8 fache. Im Bezirk Magdeburg brachte es ein Grundbesitzer